

Pressemitteilung

## **Innovationssystem Bio stärken, Bürokratie-Hürden abbauen**

### **Bio-Empfang des BÖLW auf der Grünen Woche mit starken Botschaften für den notwendigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung**

Berlin, 22.01.2024. Über 600 Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft, Medien und Wirtschaft folgten der Einladung des Bio-Spitzenverbandes Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) zum 8. Bio-Empfang auf der Internationalen Grünen Woche 2024. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und Peter Hauck, Landwirtschaftsminister Baden-Württembergs, nutzten die Bühne, um ihre Sicht auf zentrale Herausforderungen der Landwirtschaft zu erläutern.

**BÖLW-Vorstandsvorsitzende Tina Andres** strich heraus, dass sich die Agrarwirtschaft an einem Wendepunkt befinde und nur durch eine sozial-ökonomische Transformation der Land- und Lebensmittelwirtschaft zukunftsfähig werden kann. Andres mahnte, es sei wichtiger denn je, den Innovationsstau der Branche aufzulösen. Das Erstarken der Rechtsextreme in Deutschland sei auch Ausdruck von Frust und Perspektivlosigkeit. Die Aufgabe der Politik bestehe nun darin, den Menschen Mut zur Veränderung zu machen. Die ökologische Land- und Ernährungswirtschaft biete umfassende Antworten und vor allem haushaltsneutrale Lösungen für eine grundlegende Neuausrichtung des Sektors. Andres rief zu einem tiefgehenden Dialog aller Akteure auf, die Bio-Branche sei selbstverständlich bereit zu einer aktiven Zusammenarbeit.

**Peter Röhrig, geschäftsführender Vorstand BÖLW**, forderte auch bei begrenzten Finanzmitteln des Bundes konkrete Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft zu sichern. Er verlangte von der Politik Bürokratieabbau für Bio-Betriebe sowie die Abschaffung von Doppelbelastungen durch Vorschriften, die für die konventionelle Wirtschaft konzipiert wurden, deren Ziele durch das strenge Bio-Recht von den Bio-Betrieben aber längst erfüllt würden. Röhrig mahnte insbesondere Transparenz bei der Gentechnik an, um die Wahlfreiheit zu sichern. Patente auf Pflanzen und Tiere durch die Gentechnik müssten verhindert werden, insbesondere um mittelständische Strukturen nicht zu gefährden. Die Bio-Züchtung müsse gestärkt werden, denn das Saatgut sei eine entscheidende Basis für eine erfolgreiche nachhaltige Landwirtschaft. Ebenso verlangten Alternativen zu chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln, von denen alle Höfe profitieren könnten, nach staatlichen Investitionen. Es sei gut, dass die Bundesregierung eine Bio-Strategie für die gesamte Wertschöpfungskette vorgelegt habe. Sie müsse nun umgesetzt und mit Ressourcen versehen werden. Dies muss zudem von einer Neuausrichtung der Forschung flankiert werden. Es sei an der Zeit, die Pläne der Borchert-Kommission zum Umbau der Tierhaltung voranzutreiben und dabei eine solide Finanzierung sicherzustellen.

**Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir** verwies auf die zuletzt wieder steigenden Bio-Umsatzzahlen. Das sei nicht nur ein gutes Signal für die Bio-Branche, sondern für die gesamte Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie für die Umwelt. Zum Thema Gentechnik versprach er, sich für die Wahlfreiheit einzusetzen. Patente auf Saatgut und Pflanzen würden Innovationen blockieren und den Mittelstand zerstören, so Özdemir weiter. Er würdigte die Innovationsleistung der ökologischen Produktion. Die im Bundeswettbewerb ökologischer Landbau ausgezeichneten Betriebe würden für diese

Innovationen stehen. Bio-Äcker könnten höhere Erträge hervorbringen, wenn mehr Geld in die entsprechende Forschung fließe. Özdemir hob hervor, dass es bei den verschiedenen Maßnahmen der Bio-Strategie des Bundes nicht so sehr um die bestehenden Bio-Betriebe ginge, sondern vor allem um die konventionellen Höfe, die auf den Ökolandbau umstellen wollten.

**Peter Hauk, Landwirtschaftsminister Baden-Württembergs**, verwies auf die fehlenden Mittel für die Umsetzung der neuen Bio-Strategie im Bundeshaushalt. Er betonte, die Landesregierung Baden-Württembergs habe sich zu 30 bis 40 Prozent Ökolandbau bis 2030 verpflichtet und habe dafür eine glaubwürdige Gesetzesgrundlage geschaffen. Er zitierte den kürzlich verstorbenen Bundestagspräsidenten Schäuble, dessen zentrale Botschaft die Suche nach Kompromissen gewesen sei. Das sei auch mit Blick auf den weiteren Ausbau von Bio wichtig, denn ideologische Debatten könne sich das Land nicht mehr leisten. Ökologische und ökonomische Fragen sollten so oft wie möglich zusammen diskutiert werden. Mit Blick auf die Diskussion um die Agrardiesel-Subventionen zeichnete Hauk eine Perspektive und betonte, dass innerhalb von fünf bis acht Jahren alternative Technologien und Treibstoffe entwickelt werden könnten. Dazu könnten von den Höfen selbst erzeugte Stoffe genutzt werden, wie es auch der BÖLW empfiehlt.

4.759 Zeichen, Abdruck honorarfrei, um ein Belegexemplar wird gebeten. Ansprechperson: Astrid Zand, BÖLW-Pressestelle, [presse@boelw.de](mailto:presse@boelw.de), +49 30 28482-307

**Fotos von Tina Andres und Peter Röhrig** finden Sie zur Veröffentlichung im Zusammenhang mit dieser Pressemitteilung auf <https://www.boelw.de/service/mediathek/personen/>.

**Der BÖLW ist der Spitzenverband deutscher Erzeugerinnen, Verarbeiter und Händlerinnen von Bio-Lebensmitteln und vertritt als Dachverband die Interessen der Ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft in Deutschland. Mit Bio-Lebensmitteln und -Getränken werden jährlich von über 55.000 Bio-Betrieben 15,3 Milliarden Euro umgesetzt. Die BÖLW-Mitglieder sind unter anderem: Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller, Biokreis, Bioland, Biopark, Bundesverband Naturkost Naturwaren, Dachverband ökologische Pflanzenzüchtung in Deutschland, Demeter, Ecoland, ECOVIN, GÄA, Interessensgemeinschaft der Biomärkte, Naturland, Arbeitsgemeinschaft der Ökologisch engagierten Lebensmittelhändler und Drogisten, Reformhaus@eG und Verbund Ökohöfe.**

**Wer wir sind:** <https://www.boelw.de/ueber-uns/mitglieder>